

15. April 2019

„Liefere statt lafere“

Sehr geehrte Stadträt*innen
Sehr geehrte Geminderät*innen

Am 25. März 2019 hat der Gemeinderat – über zwei Jahre nachdem der Stiftungsrat ein neue Vorsorgemodell beschlossen hat - die Einmaleinlage von CHF 144 Mio. für die Pensionskasse der Stadt Winterthur sowie die Anpassung der Sparbeiträge verweigert. Wenn die Stadt als Stifterin und Hauptarbeitgeberin sich weigert, der PKSW unter die Arme zu greifen, werden die Kosten einseitig auf die Versicherten abgewälzt. Dies ist nicht akzeptabel!

Ihr Verhalten ist eine schwere Belastung für uns, die städtischen Angestellten. Für unsere Kolleg*innen mit mehr als 58 Jahren ist eine Rentenplanung im Augenblick schier unmöglich. Unsere Kolleg*innen zwischen 50 und 58 müssen mit massiven Renteneinbussen rechnen. Alle anderen bezahlen Sanierungsbeiträge und sind mit Minderverzinsungen ihrer Sparguthaben konfrontiert. Trotzdem ist eine Lösung nicht in Sicht. Mit ihrem Verhalten schaffen sie nicht nur Unsicherheit, sondern ganz reale finanzielle Krisen. Die Weigerung der Stadt, für die von ihr selbst verursachten Kosten aufzukommen, ist beispiellos.

Wir fordern Taten statt leerer Diskussionen: **„Liefere statt lafere“**

Wir fordern:

- Verzicht auf zusätzliche Sanierungsbeiträge zu Lasten der Versicherten der PKSW.
- Verzicht auf zusätzliche Minderverzinsung unserer Sparguthaben.
- Eine saubere Ausfinanzierung der PKSW in Kombination mit flankierenden Massnahmen für jene Kolleg*innen, welche mit massiven Renteneinbussen zu rechnen haben.
- Einsetzung einer Spezialkommission mit dem Ziel bis Ende Jahr eine mehrheitsfähige Lösung zu präsentieren.

Die Angestellten der Stadt Winterthur